

Bachelorarbeit

Marc Jungtäubl

Ökonomische Krisen des 21. Jahrhunderts als Gesellschaftskrise

**Entwicklungen, Symptome und
Bewältigungsstrategien von Risiken,
Krisen und (Neben-)Folgen
einer neuen Moderne**

Bachelor + Master
Publishing

Marc Jungtäubl

Ökonomische Krisen des 21. Jahrhunderts als Gesellschaftskrise

Entwicklungen, Symptome und Bewältigungsstrategien von Risiken, Krisen und (Neben-)Folgen einer neuen Moderne

Originaltitel der Abschlussarbeit: Ökonomische Krisen des 21. Jahrhunderts als Gesellschaftskrise: Entwicklungen, Symptome und Bewältigungsstrategien von Risiken, Krisen und (Neben-) Folgen einer neuen Moderne

ISBN: 978-3-95549-519-0

Herstellung Bachelor + Master Publishing, ein Imprint der Diplomica® Verlag GmbH, Hamburg, 2013

Zugl. Universität Augsburg, Augsburg, Deutschland, Bachelorarbeit, Juni 2012

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdrucks, des Vortrags, der Entnahme von Abbildungen und Tabellen, der Funksendung, der Mikroverfilmung oder der Vervielfältigung auf anderen Wegen und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Eine Vervielfältigung dieses Werkes oder von Teilen dieses Werkes ist auch im Einzelfall nur in den Grenzen der gesetzlichen Bestimmungen des Urheberrechtsgesetzes der Bundesrepublik Deutschland in der jeweils geltenden Fassung zulässig. Sie ist grundsätzlich vergütungspflichtig. Zuwiderhandlungen unterliegen den Strafbestimmungen des Urheberrechtes.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Die Informationen in diesem Werk wurden mit Sorgfalt erarbeitet. Dennoch können Fehler nicht vollständig ausgeschlossen werden, und die Diplomarbeiten Agentur, die Autoren oder Übersetzer übernehmen keine juristische Verantwortung oder irgendeine Haftung für evtl. verbliebene fehlerhafte Angaben und deren Folgen.

© Bachelor + Master Publishing, ein Imprint der Diplomica® Verlag GmbH, Hamburg, 2013

<http://www.diplom.de>, Hamburg 2013

Printed in Germany

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
2	Hintergrund	3
2.1	Nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik und feste Wechselkurse	3
2.2	Liberalisierung und Deregulierung der Wirtschaft/der Finanzmärkte	6
2.3	Krisen(-entwicklungen) eines „neuen“ Kapitalismus.....	11
3	Ökonomische Krisen des 21. Jahrhunderts	18
3.1	Entstehung, Verlauf und Eskalation	18
3.2	Steigerung zur Gesellschaftskrise.....	21
3.2.1	Die (Gesellschafts-) Krise in Griechenland	22
3.2.2	Die (Gesellschafts-) Krise in weiteren Staaten	26
4	Perspektiven	31
4.1	Die Theorie reflexiver Modernisierung.....	31
4.2	Krisen einer neuen Moderne.....	34
4.3	Lösungsansätze für eine neue Moderne, ihre Krisen und Ursachen.....	44
4.3.1	Erfahrungswissen zur Bewältigung der Krisennormalität	44
4.3.2	Politische und wirtschaftliche Ansätze	48
4.3.3	Erneuerung und Besinnung: Alternatives Denken, Handeln und neue Moral..	50
5	Resümee und Schlusswort	54
	Literaturverzeichnis	59

1 Einleitung

Die kapitalistische Organisation der Wirtschaft hat seit Zerfall der Sowjetunion und des Sozialismus (sowie insbesondere der Planwirtschaft) im Jahre 1991 neben den Staaten des „Westens“, in denen diese Form der („Gesellschafts-“) und Wirtschaftsorganisation sich mit dem Frühkapitalismus bereits im 15. Jahrhundert zu manifestieren begonnen hatte, auch in diesen ehemaligen sozialistischen Staaten Einzug gehalten. Waren sich bis zur Auflösung der Sowjetunion noch diese zwei Arten von Systemen konträr gegenübergestellt, so existiert – bis auf wenige Ausnahmen – weltweit nur noch die oftmals als „überlegen“ bezeichnete, da (bisher vermeintlich) „siegreiche“ kapitalistische Wirtschaftsordnung. In Anbetracht jedoch diverser teils schwerer Krisen drängt sich die Frage auf, ob der aktuelle (Turbo-/Finanz-) Kapitalismus¹ zu Krisen noch größeren Ausmaßes und noch größeren gesellschaftlichen Verwerfungen tendiert, als ohnehin bisher soziale Ungleichheit einhergehend mit der Logik kapitalistischen Handelns entstand. Besteht so letztlich gar die Gefahr von Gesellschaftskrisen bzw. inwieweit bedeuten die aktuellen Weltfinanz- und Schuldenkrisen bereits tiefe Krisen in und für Gesellschaften?

In diesem Kontext wird im Folgenden speziell der historische Hintergrund betrachtet (Kap. 2), der grundlegende Fakten und Entwicklungen des vergangenen Jahrhunderts beinhaltet. Wie kam es zur Entfesselung des Marktes und seiner Macht? Wie konnte es darüber hinaus in der Folge dieser Entwicklungen zu den heutigen Missständen und prekären Situationen (besonders, aber bei Weitem nicht nur) in finanzieller Hinsicht kommen und gibt es Alternativen?

Darauf aufbauend wird an den Beispielen Europas und Griechenlands untersucht, welche gesellschaftlichen Auswirkungen die jüngste Krise (seit 2007) des Kapitalismus für dortige Gesellschaften hat, ob sich die zerstörerischen Tendenzen der entwucherten Form (finanz-) kapitalistischen Handelns auch in anderen Nationen zu einer derartig katastrophalen Entwicklung potenzieren können. Darüber hinaus soll kurz und dieser Argumentationslinie folgend in einem „Überblick“ die Situation in den USA seit Ausbruch der Krise beleuchtet werden. Stets im Fokus dabei sollen jeweils gesellschaftliche Folgen stehen, um letzten Endes perspektivisch auf mögliche künftige Entwicklungen schließen zu können und ggf. Alternativen bzw. Handlungsvorschläge für von der Krise betroffene Akteure herausarbeiten zu können (Kap. 3).

¹ Seit ca. den 1970/1980er Jahren; siehe ausführlicher unter 2.2 und 2.3

Des Weiteren werden die gesellschaftlichen Folgen und Charakteristika des Finanzkapitalismus aus Perspektive einer neuen Moderne unter Zuhilfenahme der Theorie reflexiver Modernisierung näher beleuchtet (Kap. 4). Darüber hinaus sollen – unter 4.2 und 4.3 – zum einen Lösungsansätze präsentiert und diskutiert werden, zum anderen unter 5. schließlich ein Ausblick auf m. E. nach weitere drohende Gefahren und Risiken sowie eine kritische Stellungnahme erfolgen.

2 Hintergrund

2.1 Nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik und feste Wechselkurse

Wirtschaftspolitisches Modell nach Keynes

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde in den meisten westlichen (Industrie-)Nationen die sog. nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik in Anlehnung an das Modell von John M. Keynes praktiziert. Eine solche Wirtschaftspolitik sieht staatliche Eingriffe unter Zuhilfenahme fiskalischer und geldpolitischer Instrumente in die Ökonomie vor, um die Nachfrage in einer Volkswirtschaft zu stimulieren und somit gesamtwirtschaftliches Wachstum zu fördern, einen hohen Grad an Beschäftigung zu erreichen oder zu sichern, um letztlich mehr Wohlstand zu generieren (vgl. Donges et al. 2010). In diesem Kontext greift der Staat zur Steuerung und Ankurbelung des Konsums und somit unterstützend für die Wirtschaft antizyklisch in die Ökonomie ein, d. h. in Phasen wirtschaftlichen Abschwungs oder Stagnation werden die staatlichen Ausgaben erhöht. Finanziell möglich werden die steigenden Staatsausgaben – zumindest theoretisch – durch in ökonomisch positiven Phasen erwirtschaftete Überschüsse und gebildete Rücklagen. Boomt die Wirtschaft, steigt auch der Konsum, wodurch der Fiskus höhere Steuereinnahmen erwirtschaftet und parallel dazu antizyklisch die Ausgaben drosselt, also selbst weniger als Nachfrager am Markt auftritt. Durch in Boomphasen gebildete Rücklagen kann somit in Rezessionen oder Krisen wiederum die Staatsnachfrage erhöht werden.

Nachfrageorientierte, antizyklische staatliche Eingriffe zur Konjunkturbelebung dienen also nach Keynes dazu, den gesellschaftlichen Konsum anzuregen, in dessen Folge wiederum die Unternehmen zur Produktion angeregt werden. Nicht bspw. die Senkung von Löhnen (angebotsorientiert) zur Kostenersparnis soll Unternehmen veranlassen (mehr) zu produzieren, sondern eine steigende Nachfrage, die durch staatliche Anreize wie Sozialleistungen zusätzlich zu stimulieren ist. Die unsichtbare Hand des Marktes wird somit durch einen helfenden Staat unterstützt, um soziale Ungleichheit zu mindern und Wohlstand zu fördern. Als ein konkretes Beispiel für nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik nach Keynes kann der sog. „New Deal“ in den USA angeführt werden. Unter Präsident Franklin D. Roosevelt wurden infolge der Weltwirtschaftskrise Ende der 1920er und zu Beginn der 1930er Jahre diverse wirtschaftliche und soziale Reformen durchgeführt, die der angeschlagenen US-Wirtschaft und Gesellschaft aus der Rezession helfen sollten. Hierzu wurden die Staatsausgaben drastisch erhöht und u. a. massiv in Infrastruktur investiert, Sozialversicherungen wie eine Arbeitslosenversicherung und eine staatliche Pensionskasse eingerichtet sowie aber auch die

Steuern für Wohlhabende und Reiche erhöht und im Gegenzug steuerliche Erleichterungen für „Arme“ und den Mittelstand gewährt (vgl. Schäfer 2009: 36ff.). Nach Ende des Zweiten Weltkrieges wurden ähnliche Maßnahmen auch im vom Krieg stark zerstörten Europa und Japan angewendet, um die dortigen Wirtschaften wieder aufzubauen. Um nach dem Krieg eine stabile Weltwirtschaftsordnung zu schaffen, wurde – ebenfalls in Anlehnung an John M. Keynes – ein System fester Wechselkurse und ein Finanzmarkt unter staatlicher Aufsicht etabliert, um in der Vergangenheit gemachte Fehler und daraus resultierende wirtschaftliche Krisen (Große Depression) sowie deren Folgen künftig zu vermeiden (ebd.).

Das Bretton-Woods-System

Im Jahre 1944 wurde in Bretton Woods in den USA eine internationale Währungs- und Finanzkonferenz abgehalten, an der 44 Nationen (z. B. USA, Frankreich, Griechenland, China, UdSSR, Mexiko uvm.) teilnahmen. Am Ende der Verhandlungen stand ein Abkommen, das Vereinbarungen hinsichtlich der Strukturen der Weltwirtschaft, ihrer Umstrukturierung und vor allem auch bezüglich währungspolitischer Maßnahmen und Regulierungen enthielt und 1945 in Kraft trat.² So wurden hinsichtlich der globalen Devisenordnung feste Wechselkurse nationaler Währungen gegenüber dem US-Dollar verabschiedet, um gegen Protektionismus nationaler Ökonomien anzugehen, wie aber auch bspw. um monolaterale Abwertungsprozesse einzelner nationaler Währungen zu begrenzen bzw. zu verhindern. Der US-Dollar als Leitwährung wurde demgegenüber fest an das Edelmetall Gold gekoppelt (35,-\$/Feinunze Gold). Der Wechselkurs von US-\$ und Gold konnte durch Interventionen des US-Notenbanksystems Fed (Federal Reserve System) mithilfe von Käufen oder Verkäufen kontrolliert, angepasst oder/und konstant gehalten werden. Zur Kontrolle, Durchführung und Unterstützung devisenpolitischer Reglementierungen, des (wirtschaftlichen) Wiederaufbaus vom Krieg vernichteter Nationen sowie aber bspw. auch generell zur Unterstützung (durch Kreditvergabe) ökonomisch unterentwickelter oder/und sich entwickelnder Staaten wurden im Zuge dieses Abkommens die internationalen Organisationen – in Form von Sonderorganisationen der UN (Vereinte Nationen) – der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (kurz auch: Weltbank) und des International Monetary Funds (IMF; Internationaler Währungsfonds IWF) gegründet.

² Bereits während des Ersten Weltkrieges wurden in diversen Nationen wie den USA u. a. Kapitalkontrollen eingeführt, darunter im Speziellen sog. „short term capital movement controls“ (Sylla 2002), um kurzfristige Kapitalflüsse und Investitionen zu kontrollieren sowie Spekulationen zu unterbinden. Nach dem Krieg wurden diese Kontrollen wieder abgeschafft, was als eine begünstigende Voraussetzung für die in den späten 1920er und frühen 1930er Jahre auftretende Weltwirtschaftskrise erachtet wird (ebd.)